



Bleiberecht für Kriegsflüchtlinge

Gegen Ende der zweiten Amtsperiode der rot-grünen Bundesregierung ist der Flüchtlingsschutz in Deutschland am Ende. Mit den wenigen Asylsuchenden, die Deutschland überhaupt noch erreichen, wird so rabiāt umgesprungen wie je und je. In gerade noch 2.067 Fällen wurde vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Jahr 2004 ein Flüchtlingsstatus zuerkannt. Im selben Zeitraum widerrief das Bundesamt für 14.972 Menschen, die oftmals seit Jahren anerkannt waren, den Flüchtlingsstatus.

Betroffen sind nach der Innenministerkonferenz im Juni nun vor allem Flüchtlinge aus Afghanistan und aus dem Kosovo. Eine Abschiebung in nach Afghanistan bedeutet eine Abschiebung in den Krieg: Die Sicherheitslage in diesen Ländern ist geprägt von heftigen Kampfhandlungen, bzw. von Anschlägen auch auf die Zivilbevölkerung. Viele der von Abschiebung bedrohten Angehörige der Roma- und Aschkali-Minderheiten können im Kosovo ohne Lebensgefahr ihre Heimatstädte- und Dörfer nicht mehr betreten. Angehörige dieser ethnischen Minderheiten müssen dann im Kosovo in von Soldaten bewachten Lagern leben.

Aus diesem Grund demonstrierten am Samstag, den 11. Juni vor der Augsburger Stadtmetzg 50 Menschen gegen die Abschiebung von Flüchtlingen aus dem Kosovo.

Das selbst von Bundesinnenminister Otto Schily vorgeschlagene Bleiberecht für seit langen Jahren hier lebende Kinder und ihre Familien, unterstützt von den Innenministern mehrerer Bundesländer, hat bei der Innenministerkonferenz keine Mehrheit gefunden. Die Folge: Es gibt weiterhin Abschiebungen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien, die seit fünf, zehn oder mehr Jahren in Deutschland leben.

Auch in der Friedensstadt Augsburg sind ca. 20 Familien, die länger als 10 Jahre hier leben, von der Abschiebung bedroht.

Wir fordern daher Bleiberecht und Arbeitserlaubnis für alle Flüchtlinge mit langjährigem Aufenthalt. Die Augsburger Behörden sind aufgefordert, ihren Spielraum zugunsten der von Abschiebung bedrohten Flüchtlinge so weit wie möglich auszuschöpfen und hiermit den Begriff "Friedensstadt Augsburg" aktuell zu bestätigen.

Von der bayerischen Staatsregierung fordern wir die Einrichtung einer unabhängigen Härtefallkommission.

Ich unterstütze diese Forderung:

Name

Anschrift

Unterschrift

Augsburger Flüchtlingsrat

c/o Beratungs- und Integrationszentrum
Schießgrabenstraße 14
86150 Augsburg

Augsburger Friedensinitiative (AFI)

c/o Klaus Stampfer,
Hauptstr. 23a, 86486 Bonstetten
www.augsburger-friedensinitiative.de